

Übersicht und Synopse Vernehmlassungsantworten „Organisation der Sozialhilfe“

Eingegangene Antworten mit Positionsbezug

Politische Parteien

- CVP Stadt Zürich
- EVP Stadt Zürich
- FDP der Stadt Zürich
- Grüne Stadt Zürich
- Grünliberale Partei Stadt Zürich
- SP der Stadt Zürich
- SVP der Stadt Zürich

Gewerkschaften / Verbände

- AvenirSocial

Eingegangene Antworten ohne Positionsbezug

Antworten mit Verzicht auf Stellungnahme:

- Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich
- Gemeindeamt des Kantons Zürich
- Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats der Stadt Zürich
- Bezirksrat Zürich

Antworten ohne Positionsbezug, jedoch mit inhaltlichen Bemerkungen aus der Warte ihrer Funktionen:

- Sicherheitsdirektion Kanton Zürich: beide Modelle sind realisierbar
- Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats: äussert sich kritisch bezüglich zusätzlicher Aufgaben
unabhängig von den Modellen ist zu beachten:
 - professionelle Anwendung der Sozialhilfe gemäss den gesetzlichen Grundlagen stärken,
 - Ausbau der Entscheidkompetenzen in den SOD sinnvoll
(Folgen beachten bei Paradigmawechsel),
 - eigener Rechtsdienst in den SOD,
 - Verkürzung der Einspracheverfahren.
- Finanzkontrolle der Stadt Zürich: diverse Hinweise auf Präzisierung der Rechtsgrundlagen

- VPOD Zürich:
- Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich

- unabhängig von den Modellen ist zu beachten:
- Kompetenzdelegation nach unten,
 - demokratische Legitimation des Aufsichtsgremiums,
 - Sicherstellung Rechtsgleichheit,
 - Sorgfältige Begleitung der geplanten Veränderungen
- unabhängig von den Modellen ist zu beachten:
- Kompetenzdelegation nach unten,
 - demokratische Legitimation des Aufsichtsgremiums,
 - Sicherstellung Rechtsgleichheit,
 - Sorgfältige Begleitung der geplanten Veränderungen

Synopse der Antworten mit Positionsbezug

	Modell Stadtrat		Modell Sozialbehörde		Präferenz für
	Vorzüge	Kritik	Vorzüge	Kritik	
CVP	<ul style="list-style-type: none"> Baut auf bereits vorhandenen Kompetenzen auf Externe Kontrolle durch Gemeinderat und Finanzkontrolle Rechenschaftslegung an Gemeinderat Auflösung der historisch begründeten Sozialbehörde, da Gewährung der Sozialhilfe Verwaltungsakt ist 	<ul style="list-style-type: none"> Erlass von kommunalen Richtlinien (Kompetenzordnung) in Kompetenz des Stadtrates (Vorschlag: Gemeinderat) 		<ul style="list-style-type: none"> Viele unnötige Schnittstellen 	Modell Stadtrat
EVP	<ul style="list-style-type: none"> Entspricht Standardmodell für Vollzug der übrigen städtischen Aufgaben Stadtrat als Vollzugsorgan ist sehr gut legitimierte Behörde 	<ul style="list-style-type: none"> Aufsichtsmechanismen innerhalb des Departements konzentriert GPK wäre mit zusätzlichen Aufsichtsaufgaben überfordert 	<ul style="list-style-type: none"> Ausgewogene Kompetenzordnung Zweckmässige Aufgabenzuteilung 	<ul style="list-style-type: none"> Reduktion der Anzahl Mitglieder 	Modell Sozialbehörde
FDP		<ul style="list-style-type: none"> Gefahr der unerwünschten Gleichmacherei und Überreglementierung der Fälle Gefahr der Delegation der Entscheide in Einzelfällen von Stadtrat an Verwaltung Fehlende zeitliche Ressourcen des Stadtrates Neue Aufgaben GPK aufgrund fehlender Sachkompetenz unrealistisch Alle Einzelfallentscheide werden innerhalb Verwaltung gefällt 	<ul style="list-style-type: none"> Behörde als erfahrene, unabhängige und politische Instanz bleibt bestehen Behörde kann im Einzelfall sachgerechte Lösung finden und damit Einfluss auf Praxis nehmen und kontrollierend wirken Mitglieder der Behörde bringen zusätzlichen Sachverständ, Lebenserfahrung und Verankerung in „realer“ Arbeitswelt mit 		Modell Sozialbehörde

	Modell Stadtrat		Modell Sozialbehörde		Präferenz für
	Vorzüge	Kritik	Vorzüge	Kritik	
		<ul style="list-style-type: none"> Modell löst Problem der unbefriedigenden Leistung der Sozialen Dienste nicht Koordination Inspektorat sollte bei Behörde sein 	<ul style="list-style-type: none"> Aufteilung Norm- / Nicht-normfälle auf Verwaltung und Behörde Behörde bleibt nebst Verwaltung Anlaufstelle für Bevölkerung Straffung der Abläufe Kostenneutral 		
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> Entflechtung der Kompetenz- und Aufgabenüberschneidungen Mehr Kompetenzen für die Sozialarbeitenden Erweiterung des Umfangs der Normleistungen bedeutet mehr Verantwortung für Sozialarbeitende 	<ul style="list-style-type: none"> Entscheide und Kontrolle passieren innerhalb der gleichen Verwaltung Unklare Rolle der GPK Politische Abstützung nicht mehr im gleichen Umfang gewährleistet Verletzung der gesetzlichen kantonalen Vorgabe bzgl. Einrichtung einer Sozialbehörde 	<ul style="list-style-type: none"> Entflechtung der Kompetenz- und Aufgabenüberschneidungen Mehr Kompetenzen für die Sozialarbeitenden Erweiterung des Umfangs der Normleistungen bedeutet mehr Verantwortung für Sozialarbeitende Behörde als Kontrollorgan unabdingbar 	<ul style="list-style-type: none"> Fehlende schlanke Strukturen Schaffung zusätzlicher Stellen / mehr Schnittstellen Behörde ist weiterhin Kontroll-, Genehmigungs- und Auftragsinstanz Fehlendes Anforderungsprofil für Mitglieder Sozialbehörde (Professionalisierung) 	Modell Sozialbehörde
Grünliberale	<ul style="list-style-type: none"> Schlanke Verwaltungsstrukturen Keine Doppelprüfungen mehr Stärkung der Rolle der GPK und Finanzkontrolle (demokratische Kontrolle) 	<ul style="list-style-type: none"> Interne Kontrolle der Sozialen Dienste nicht bei DirektoriIn SOD (Vorschlag: höhere Ebene) Ansiedlung Inspektorat (Vorschlag: tiefere Ebene) 		<ul style="list-style-type: none"> Aufwändige Struktur Doppelprüfungen 	Modell Stadtrat
SP	<ul style="list-style-type: none"> Klare Entscheidungshierarchie in Einzelfällen; keine Doppelprüfungen Kompetenzaufteilung innerhalb der Verwaltung Klare Trennung von Ausführung und Kontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> Fehlende zeitliche Ressourcen des Stadtrates unklare Prozedere bezüglich Entscheid in Härtefällen 		<ul style="list-style-type: none"> Parallelorganisation (weiterhin operative Entscheide, eigenes Sekretariat) Informationsfluss zwischen Behörde und Verwaltung nicht gewährleistet 	Modell Stadtrat

	Modell Stadtrat Vorzüge <ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung Qualitätsmanagement • Kontrolle erfolgt durch bestehende Gremien • Verbesserter Einbezug des Gemeinderats 	Kritik <ul style="list-style-type: none"> • Übertragung der Aufgaben gem. SHG an den Stadtrat geht am Willen des Gesetzgebers vorbei • Systemkontrolle im Rahmen jährlicher Revision der Finanzkontrolle zu wenig • Unabhängigkeit durch Angliederung des Inspektorats an Verwaltung zu wenig • Instrumente GPK gehen zu wenig weit / fehlende Zeitressourcen der GPK 	Modell Sozialbehörde Vorzüge <ul style="list-style-type: none"> • Rechtsgleichheit durch EK nicht gewährleistet/ unterschiedliches Ausnützen des Ermessensspielraums • Unklare Aufgabe der externen Fallkontrolle • Qualitätsmanagement nicht gewährleistet 	Kritik <ul style="list-style-type: none"> • Keine Mehrfachrolle der Behörde mehr • Milizsystem wird beibehalten • Unabhängige Geschäftsstelle der Behörde • Externe Fallkontrolle • VorsteherIn des Sozialdepartements ist nicht mehr PräsidentIn der Behörde 	Präferenz für Modell Sozialbehörde
SVP					
AvenirSocial	<ul style="list-style-type: none"> • Kompetenzdelegation 		<ul style="list-style-type: none"> • Verkleinerung der Sozialbehörde • Beibehaltung der Einzelfallkommission • Kontrollsystem • Erhöhte Legitimation von schwierigen Entscheiden • Sozialbehörde als Korrektiv 		Modell Sozialbehörde